

Bonn: Freiheit für Zonen-Bevölkerung

Dringender Appell an Moskau

Anlässlich der Bekanntgabe des Passierscheinabkommens in Bonn hat die Bundesregierung an die Sowjetunion appelliert, den Menschen in der sowjetischen Besatzungszone ein Höchstmaß an Freiheit zu gewähren. Durch die Unterdrückung der Freiheiten in Mitteldeutschland, so erklärte Bundespresseschef von Hase mit Nachdruck, würden auch die deutschen Beziehungen zu Moskau belastet.

In der Erklärung der Bundesregierung heißt es weiter, sie habe bei der Billigung des Passierscheinabkommens aus gesamtdeutscher Verpflichtung gehandelt. Das politische Ziel bleibe die Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung. Eine Stufe auf diesem Weg sei die Wiederherstellung der vollen Freizügigkeit innerhalb Deutschlands.

★

Der 2. Vorsitzende der legalen CDU der sowjetisch-besetzten Zone (Exil-CDU), Bundestagsabgeordneter und stellvertr. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Dr. Johann B. Grädl, erklärte, daß die menschliche Not etwas gemildert worden ist. Der Strom der Besucher werde den Berlinern hinter der Mauer Kraft und Zuversicht bringen. Damit sei aber die Not der Deutschen noch längst nicht bewältigt, denn nach wie vor existieren Mauer, Todesstreifen und Minenfelder. Diese Realitäten werden durch die Passierscheine noch nicht beseitigt, die gesamtdeutsche Auf-

gabe ist so brennend wie zuvor. Es habe sich gelohnt, zäh zu verhandeln, und die Bundesregierung habe gut

daran getan, eine unkorrigierte Wiederholung der Weihnachtsregelung abzulehnen. Trotz der erzielten Verbesserungen sei aber auch die jetzige Regelung noch nicht befriedigend. Dem menschlichen und dem darin eingeschlossenen gesamtdeutschen Wert der millionenfachen Begegnung sei jedoch das entscheidende Gewicht beizumessen.

Kommunistisches Weltjugendforum unter Tumultszenen beendet

Mit Tumultszenen ist in Moskau das zweite kommunistische Weltjugendforum beendet worden. Unter leidenschaftlichem Protest der Rotchinesen und bei Stimmenthaltungen mehrerer afrikanischer Delegationen und der westdeutschen Beobachterdelegation wurde die Schlußresolution der Moskauer Veranstaltung für den „Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus und gegen den Krieg“ angenommen. Eine rotchinesische Gegenresolution wurde dagegen durch Redeverbot für die 30köpfige China-Delegation vom Präsidium des Schlußplenums vereitelt.

Der Versuch, den Inhalt der Gegenresolution zum „kompromißlosen Kampf gegen den Imperialismus“ durch Flugblätter publik zu machen, scheiterte ebenfalls an der Plenumsleitung, die die Flugblätter kurzerhand beschlagnahmten ließ. Dagegen vermochte die west-

deutsche Beobachterdelegation eine Erklärung zur Deutschlandfrage in einer Auflage von 300 Stück unter die Forumsteilnehmer zu verteilen, nachdem man ihr ebenfalls auf dem Schlußplenum jede Möglichkeit verweigert hatte, ihre Erklärung zu verlesen.

Die Moskauer Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda“ ging gestern in einem großen, fast ganzseitigen Artikel in kaum zu überbietender Schärfe gegen die Rotchinesen vor, die in ihrer Heimat Verleumdungen und Falschmeldungen über das Moskauer Forum verbreitet hätten. Die Einstellung der Forumsteilnehmer gegen den Imperialismus sei von Peking in ihr Gegenteil verkehrt und als ein Kampf Moskaus gegen Rotchina ausgelegt worden. Die wenig rühmliche Gastrolle der Chinesen hätte keinen Beifall verdient, meint die „Komsomolskaja Prawda“ abschließend.

Togliattis politisches Testament

Offene Kritik an Moskaus Verhalten gegenüber Peking

Der neue Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Luigi Longo, hat die Veröffentlichung des Memorandums freigegeben, das Palmiro Togliatti kurz vor seinem Tode verfaßt hatte. In seinem Vorwort zum Schriftstück, das sich die Partei damit zu eigen gemacht hat, bekräftigt Longo, daß die italienischen Kommunisten an dem von ihrem verstorbenen Führer eingeschlagenen politischen Kurs festhalten wollen. Das einem politischen Testament gleichkommende Dokument bestätigt die grundsätzliche Position der Kommunistischen Partei Italiens in der Frage einer internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien zur Verurteilung der ideologischen Position Pekings. Nach Togliattis Dafürhalten hätte man gegen die chinesischen Kommunisten anders vorgehen sollen. Statt sich mit Peking in eine ideologische Auseinandersetzung einzulassen, hätte man der kommunistischen Weltbewegung die konkreten Probleme als Diskussionsthemen vorschlagen und gleichzeitig Gruppenzusammenkünfte der westeuropäischen, der lateinamerikanischen und der Kommunisten der „dritten Welt“ zur Erörterung des Verhältnisses von Sozialismus und Demokratie organisieren sollen. Erst dann wäre die Abhaltung einer internationalen Konferenz angebracht gewesen, um die kommunistischen Chinesen zu isolieren und ihre Auffassungen kraft besserer Kenntnis der Aufgaben des Weltkommunismus zu widerlegen.

Demokratische Grundsätze

Togliatti ist der Ansicht, daß demokratische Grundsätze auf der Ebene des Weltkommunismus Beachtung finden sollten. Als Folge der gegenüber den chinesischen Kommunisten eingenommenen Haltung beklagt Togliatti eine gewisse Desorientierung unter den kommunistischen Parteien, in denen man vielfach voreilig mit einer unmittelbar bevorstehenden Verurteilung Mao Tse-tungs ge-

rechnet habe, die noch immer nicht erfolgt sei. Die Chinesen, so heißt es im Memorandum, hätten davon unverzüglich profitiert, um kleine Gruppen von Sektierern zu bilden und einzelne kommunistische Parteien für ihre Sache zu gewinnen.

In der Sicht Togliattis lehrt die Erfahrung, daß, wenn es um konkrete politische Fragen gehe, die von den Chinesen einfache Polemik völlig wirkungslos und ohnmächtig sei. Togliatti bedauert das Fehlen des demokratischen Elementes in vielen Schwesterparteien und übt an der vielerorts zaghaften und mühsamen Entstalinisierung Kritik. Seines Erachtens sollten die kommunistischen Parteien vor neuen Organisationsformen, etwa nach der Art Jugoslawiens, nicht zurückschrecken.

Auf die Moskauer Konferenz zurückkommend, bekennt sich Togliatti zur Einheit der kommunistischen Bewegung, die er sich ohne die Teilnahme der chinesischen Kommunisten nicht vorzustellen vermag. Daher müßten in Moskau Initiativen wie beispielsweise die Entsendung einer Delegation der kommunistischen Parteien nach Peking ergriffen werden, welche die Aufgabe haben sollte, die Chinesen von der Notwendigkeit zu überzeugen, im Kampf gegen den gemeinsamen Feind einig zu bleiben und den Weg der Zusammenarbeit zu beschreiten.

Nationale Wege zum „Sozialismus“

In seinem politischen Testament bleibt Togliatti der Konzeption der „nationalen Wege zum Sozialismus“ treu. Für Italien und Frankreich stelle sich das Problem der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in Staaten, die ihren bürgerlichen Charakter nicht preisgegeben haben. Es müsse sich deshalb erst noch zeigen, ob die Möglichkeit bestehe und ob es sich lohne, den Kampf für eine allmähliche Wandlung der Verhältnisse im Inneren dieser Staaten zu führen. Da die Prüfung und Lösung der neuen Probleme nach Togliattis Meinung den einzelnen kommunistischen Parteien obliegen soll, befürchtet er, daß eine internationale Konferenz die Anwendung allzu starrer Formeln beschließen könnte.

Togliatti glaubt, daß die Bedingungen, unter denen heute und in Zukunft der „Vormarsch und Sieg des Sozialismus“ gesichert werden kann, sich grundlegend gewandelt haben. Aus dieser Überzeugung heraus erneuert er das Bekenntnis zur „Autonomie und Souveränität“ jeder einzelnen kommunistischen Partei. Jede kommunistische Partei bedürfe ihrer besonderen Taktik, meint der langjährige Sekretär des PCI und empfiehlt zudem, auf die jeweilige kulturelle Lage Rücksicht zu nehmen. Entscheidende Bedeutung mißt er der „klugen Strategie“ bei.

Vorwürfe gegen den Kream

Im letzten Abschnitt des Dokumentes macht Togliatti aus seinen Vorwürfen an die Adresse des Kream kein Hehl, den er wegen seines Verhaltens gegenüber dem Weltkommunismus zur Rechenschaft zieht. Togliatti bezichtigt die sowjetischen Machthaber, in dem Zwist mit den Chinesen nachgerade die Prinzipien des Sozialismus zur Diskussion gestellt zu haben. Auch bezweifelt er die Zweckmäßigkeit der Rückberufung der sowjetischen Techniker aus China. Für einen unverzeihlichen Irrtum hält Togliatti es, wenn die kommunistische Propaganda glaubhaft machen wolle, daß in den sozialistischen Staaten, hauptsächlich in der Sowjetunion, immer alles klappere, während man in Wirklichkeit größte Mühe habe, eine Erklärung für die wirtschaftlichen Mißerfolge und die begangenen politischen Fehler zu finden. Bedenken hegt Togliatti auch wegen der Langsamkeit, mit der die Beseitigung des auf Stalin zurückgehenden Regimes der Unterdrückung der demokratischen und persönlichen Freiheiten betrieben werde, zumal von einer kapitalistischen Einkreisung nicht mehr die Rede sein könne. Das Memorandum schließt mit einem besorgten Hinweis auf die zentrifugalen Tendenzen, die sich im Weltkommunismus bemerkbar machen, und mit einer Mißbilligung des wiederauflebenden Nationalismus in den kommunistischen Ländern, die sich zusammenschließen sollten.

Ferngespräche nach den USA vom März 1965 an über Erdsatelliten

Bundesrepublik trat dem Fernmelde-Satelliten-System bei

Fernsprechteilnehmer in der Bundesrepublik werden vom März nächsten Jahres an ihre Ferngespräche nach den USA oder Kanada über den Weltraum führen können. Die Bundesrepublik trat dem Abkommen über ein weltweites kommerzielles Fernmelde-Satelliten-System bei, das schon von 13 Nationen unterzeichnet wurde. Im März soll der erste stationäre Satellit, der seinen Standort über dem Atlantik haben wird, in den Weltraum geschossen werden. Für die Fernsprechverbindung zwischen den USA und Europa stehen dann 240 neue Kanäle zur Verfügung.

Der Geschäftsträger der Deutschen Botschaft in Washington, von Lilienfeld, unterzeichnete das Regierungsabkommen, während Ministerialdirektor Kirchner vom Bundespostministerium das Sonderabkommen unterschrieb, das die technischen und finanziellen Einzelheiten regelt. Mit dem Beitritt erhielt die Bundesrepublik auch einen Sitz in dem Interims - Ausschuß. An dem Satellitenprojekt beteiligen sich die USA, Kanada,

Australien, Japan und eine Reihe von europäischen Nationen.

Die Bundesrepublik wird auf Grund des Abkommens 6,1 Prozent der Investitionskosten tragen. Für die ersten fünf Jahre wird mit einem Bedarf von

Start des größten Flugzeugs der Welt Jungfernflug der „B 70“ in den USA

Das größte Flugzeug der Welt, das 250 Tonnen schwere und 56 Meter lange amerikanische Überschall - Bombenflugzeug „B 70“, hat seinen Jungfernflug unternommen. Die riesige Maschine, die mit einem Kostenaufwand von 1,5 Milliarden Dollar (6 Milliarden DM) entwickelt wurde,

800 Millionen DM gerechnet. Die Satelliten-Verbindung soll in der Bundesrepublik ausschließlich der Bundespost für Fernmeldezwecke zur Verfügung stehen. Doch wird die Bundespost diese Kanäle auch bei Bedarf an Rundfunk oder Fernsehen vermieten. In Raisting (Oberbayern) hat die Bundespost eine Erdfunkstation für die Bundesrepublik errichtet, sie ist im Oktober betriebsbereit.

sollte ursprünglich für das US-Bomberkommando gebaut werden, jedoch wurde der Auftrag vom Pentagon gestrichen, und nunmehr sollen nur zwei Maschinen für Erprobungszwecke verwendet werden. Die „B 70“ soll mehr als die doppelte Schallgeschwindigkeit erreichen können.

Atomforscher floh aus der Zone

Einer der prominentesten Atomwissenschaftler der Sowjetzone, Professor Heinz Barwich, ist in den Westen geflüchtet. Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums teilte in Washington mit, die Vereinigten Staaten hätten Barwich politisches Asyl gewährt, um das der Wissenschaftler vor einigen Tagen bei US-Dienststellen in der Bundesrepublik nachgesucht habe.

Der 53jährige Professor war zuletzt Leiter des Zentralen Atomforschungsinstituts in Rosendorf bei Dresden. Erst im Juli vergangenen Jahres kam er aus der Sowjetunion in die Zone. Er war vier Jahre lang stellvertretender Direktor des sowjetischen Atomforschungsinstituts in Dubna. Bis zum Kriegsende war Barwich in Berlin Mitarbeiter von Professor Hertz.

Philosophische Fakultät an der Berliner TU

Die neue Fakultät solle den Studierenden der technischen Wissenschaften zusätzliche Studiemöglichkeiten auf geisteswissenschaftlichem Gebiet bie-

ten. Einige Lehrstühle, zum Beispiel für Kybernetik und Automation sowie für Entwicklung der Technik in Osteuropa, sollten helfen, eine Brücke zwischen Technik und Geisteswissenschaften zu schlagen. Der Ausbau der Philosophischen Fakultät soll in etwa drei Jahren mit der Errichtung von vier Lehrstühlen pro Jahr beendet sein. Die Zahl der verfügbaren Studienplätze wird dann etwa 1500, maximal 2000, betragen. Die künftigen Studenten würden an der Technischen Universität den gleichen Bildungsgang bis zum Philosophischen Staatsexamen absolvieren können wie an jeder anderen Universität.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansicht- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Karl Grosse, Berlin 42, Strelitzstraße 266.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richthofen-Straße 2

Apollo-Raumschiff umkreist die Erde

Mit der mächtigsten Rakete der Welt, einer zweistufigen „Saturn I“, ist vom amerikanischen Raketenversuchsgelände Kap Kennedy aus das unbemannte Modell eines Apollo-Mondschiffes gestartet worden. Das Raumschiff bietet Platz für drei Astronauten.

Die 19 Stockwerke hohe Rakete erhob sich unter brausendem Donner vom Startgerüst. Zehn Minuten danach befanden sich die 18 Tonnen des Testmodells und der ausgebrannten letzten Raketenstufe auf der Umlaufbahn um die Erde.

Kreml sucht bei Johnson Beistand gegen Rotchina

Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat nach Ansicht diplomatischer Kreise in Moskau den dringenden Wunsch, nach den Wahlen in den Vereinigten Staaten seine diplomatischen Gespräche mit Präsident Johnson wiederaufzunehmen. Ziel der angestrebten Gespräche sei ein Ost-West-Arrangement im Rahmen der sowjetischen Politik der sogenannten friedlichen Koexistenz.

Die Initiative für den neuen Dialog wird den Erwartungen nach von Chruschtschow ausgehen, der durch die unabhängige und zunehmend anti-sowjetische Politik Rotchinas beunruhigt sei. Offenbar befürchte Moskau eine Annäherung Pekings an die USA, um mit einem Abkommen die Sowjetunion diplomatisch und ideologisch zu isolieren. Die Sowjets vermuten, daß die rotchinesische Regierung die regelmäßigen Treffen zwischen dem amerikanischen und dem

chinesischen Missionschef in Warschau benutzt, um die nötigen Führer in Washington auszustrecken.

Chruschtschow hat erst neun Zusagen

Keine Begeisterung für kommunistische Gipfelkonferenz in Moskau

Erst rund ein Drittel der für Mitte Dezember nach Moskau eingeladenen kommunistischen Parteien hat Ministerpräsident Chruschtschow eine Zusage für das geplante kommunistische Gipfeltreffen gegeben.

In diesem Zusammenhang wird bekannt, daß Moskaus Kontakt zu Peking praktisch abgebrochen ist. Die Sowjetunion erhält von ihrem einstigen Verbündeten keinerlei Informationen mehr und selbst keine der Veröffentlichungen, die westlichen Diplomaten ausgehändigt werden. Die Sowjetregierung bereitet sich daher offenbar auf die Möglichkeit einer drastisch veränderten politischen und strategischen Situation angesichts einer 8000 Kilometer langen Grenze mit Rotchina vor.

Chruschtschow hatte insgesamt 25 Parteien zu der Konferenz eingeladen. Zu den Parteien, die sich bisher weder positiv noch ablehnend geäußert haben, gehören die aus Kuba, Italien, Rumänien, Polen, Australien, Brasilien, England, Mongolei, Syrien und der USA. Zugesagt haben bisher die Parteien aus Argentinien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Finnland, Frankreich, Ungarn, Indien sowie die SED und die verbotene KPD. Die Einladung abgelehnt haben bisher die Parteien Rotchinas, Albaniens, Nordkoreas, Nordvietnams, Japans und Indonesiens.



Bundespräsident Lübke in Berlin

Der Bundespräsident erklärte bei seiner Ankunft, eine Reihe wichtiger Gründe habe ihn schon zwei Monate nach seiner Wiederwahl bewogen, erneut nach Berlin zu kommen.

McNamara betont Stärke der USA

„Unsere strategische Macht wird ausreichen, die Sowjetunion und das kommunistische China gleichzeitig zu vernichten — unter den schlimmsten vorstellbaren Umständen, die den Ausbruch eines Krieges begleiten würden.“ Dies erklärte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara vor der amerikanischen Legion am Dienstag in Dallas.

McNamara kündigte an, daß das Waffenarsenal der USA durch eine weiterentwickelte „Minuteman“-Rakete und durch neue „Polaris“-Raketen verstärkt werde. Die neue „Minuteman“ werde achtmal wirkungsvoller gegen militärische Ziele eingesetzt werden als die bisherigen Modelle.

Rund eine Milliarde für die Forschung

Das Bundeskabinett hat die Prioritäten für den Haushalt 1965 festgelegt. Danach werden die Mittel des Wissenschaftsministeriums um 134,9 Mill. (= 15,5 %) auf rund eine Milliarde DM erhöht. In der Prioritätenliste liegt damit die Wissenschaft an dritter Stelle nach der Entwicklungshilfe.

Die Mittel für die deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft um rund 20 auf insgesamt 130 Mill. D-Mark;

Die Zuschüsse des Bundes für den Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen um 50 Mill. auf insgesamt 300 Mill. DM.

Außerdem soll eine wirksamere Förderung der Wissenschaft durch langfristige Planung dadurch ermöglicht werden, daß die Wissenschaftsförderung künftig nicht mehr den starren Vorschriften der Reichshaushaltsordnung unterliegt.

Der Wissenschaftsbericht wird den finanziellen Bedarf bis 1968 feststellen. Dem Bericht zufolge wird eine Verdreifachung der Ausgaben für die allgemeine Wissenschaftsförderung und eine Verdoppelung für die Atomforschung gegenüber dem jetzigen Haushalt als notwendig angesehen.

Über 1 Mrd. VW-Stiftungsvermögen Schwerpunkt der Unterstützung ist die Medizin

Das Vermögen der Stiftung Volkswagenwerk ist inzwischen auf 1,7 Mrd. DM gestiegen. In dem jetzt vorgelegten Bericht für das Jahr 1963 wird auf die umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen hingewiesen, die im Berichtsjahr von der Stiftung verwirklicht wurden. An Einnahmen flossen der Stiftung 143 Mill. zu. Im laufenden Jahr werden weitere Einnahmen in Höhe von 90 Mill. erwartet.

In der Hauptsache konzentrierten sich die Ausgaben dem Charakter der Stiftung entsprechend auf die Förderung von Wissenschaft und Technik sowie Forschung und Lehre. Anfang 1963 lagen der Stiftung 116 Anträge in einer Gesamthöhe von 58,1 Mill. vor. Hinzu kamen im Laufe des Jahres weitere 297 Anträge mit 136,1 Millionen. Davon wurden 193 Anträge in Höhe von 42,5 Mill. bewilligt.

Im Jahre 1963 wurden 141,4 Mill. folgendermaßen verteilt: 25,4 Mill. für das sogenannte „Vorab Niedersachsen“ — das sind Mittel, die das Land Niedersachsen (Standort des VW-Werkes) gesondert erhält —, 29 Mill. für Regionalmittel an die einzelnen Bundesländer nach einem bestimmten Schlüssel und 87 Mill. als überregionale Mittel. Der Bericht der Stiftung über ihr zweites Ar-

beitsjahr weist auch eine Reihe anderer Schwerpunkte auf. So sind für die Medizin erhebliche Mittel bereitgestellt worden. Speziell wird der Anlauf der Krebsforschung in Heidelberg unterstützt. Auch die physikalische Biologie wird besonders gefördert.

Das Geschäft blühte

Mit einer ungewöhnlich hohen Besucherzahl (insgesamt etwa 107 000) schloß die Frankfurter Buchmesse. Sie war nach Angaben des Börsenvereins des deutschen Buchhandels auch geschäftlich erfolgreich. Unter den rund 2300 Ausstellern aus 39 Ländern herrschte bis auf wenige Ausnahmen allgemeine Zufriedenheit über die zustande gekommenen Abschlüsse.

● Bei den Sachbuchverlagen waren zum Teil erhebliche Umsatzsteigerungen festzustellen. Der 1963 deutlich spürbare Wettbewerbsdruck einzelner Taschenbuchverleger hat sich in diesem Jahr nicht fortgesetzt.

● Unbestrittener Bestseller der Buchmesse war nach übereinstimmender Meinung der Sormenter der Roman „Die Clique“ von Mary McCarthy. Danach folgten, gemessen an der Nachfrage, das im Suhrkamp-Verlag erschienene Buch

von Max Frisch „Mein Name sei Gantenbein“ und die „Heuss-Anekdoten“ von Frau Frielinghaus-Heuss (Bechtle-Verlag).

In wenigen Worten

Im Landwirtschaftsjahr 1963/1964 wurden in der Bundesrepublik je Kopf im Durchschnitt 234 Eier verzehrt gegen 218 im Jahr zuvor.

★

Die achtmillionste neue Wohnung, die nach dem Kriege im Bundesgebiet und in West-Berlin gebaut wurde, kann in Kürze bezogen werden.

★

Die rund 120 000 Beschäftigten des privaten Bankgewerbes in der Bundesrepublik erhalten vom 1. Oktober an 6 % mehr Gehalt; am 1. April 1965 werden die Gehälter nochmals um 3 % erhöht.

★

In den ersten acht Monaten 1964 hat sich die Roheisenerzeugung der Bundesrepublik um 17,2 %, die Rohstahlproduktion um 18,3 % und die Herstellung von Walzstahlfertigungserzeugnissen um 18,8 % erhöht.

★

Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft stellte mit der „Polarlicht“ das modernste Kühlschiff der deutschen Handelsflotte in Dienst.

★

Die alljährlich einmal stattfindende Generalversammlung der International Air Transport Association (IATA) wird 1965 in Wien tagen.

★

Das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn zählt rund 95 Mill. Schwellen. 49 % sind aus Holz, 31 % aus Stahl und 20 % aus Beton.

★

Die Ausfuhr von Mineralölprodukten aus der Bundesrepublik stieg im ersten Halbjahr 1964 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 16 % auf 2,81 Mill. t.

Johnson gibt neue Waffensysteme bekannt

USA können bombentragende Satelliten vernichten

Neues revolutionäres Radarsystem

Präsident Johnson gab in einer Rede in Sacramento im Bundesstaat Kalifornien bekannt, daß die USA jetzt über zwei neue Waffensysteme verfügen. Man sei

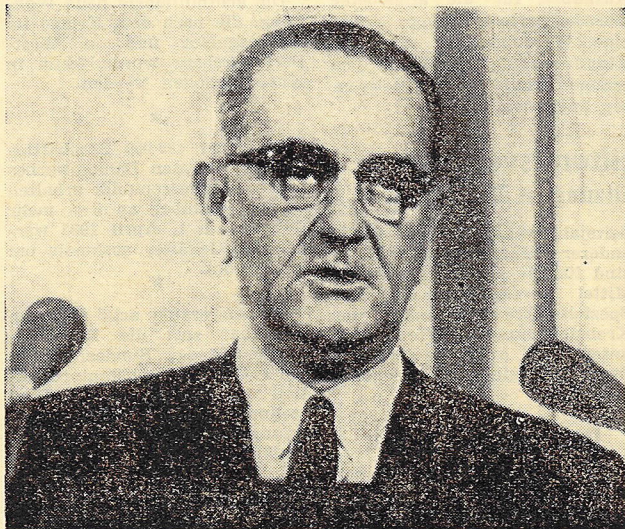
jetzt in der Lage, bombentragende Erdsatelliten abfangen und vernichten zu können. Die entsprechenden Einheiten seien nunmehr einsatzbereit.

Außerdem entwickelten die USA ein neues Radarsystem, mit dem es möglich sei, der Erdkrümmung folgend über

Aggressor irgendeines Tages bewaffnete Satelliten dazu benutzen könnte, die ganze Weltbevölkerung zu terrorisieren.

bare Waffe“ besitzt. Gleichzeitig verneinte er vor westlichen Journalisten auf einem Empfang in Moskau, daß er jemals behauptet habe, diese Waffe könne die „ganze Menschheit vernichten“.

Nach einem Bericht der britischen Nachrichtenagentur Reuter sagte Chruschtschow, er sei falsch zitiert worden, wenn japanische Quellen berichtet hätten, er habe die Existenz einer „totalen Vernichtungswaffe“ in dem Gespräch mit Mitgliedern des japanischen Parlaments am Mittwoch bekanntgegeben. „Wir haben nichts über eine unbegrenzte Wirkung“ gesagt, erklärte er wörtlich. Er habe mit der Beschreibung der Waffe niemanden bedrohen wollen, fügte er hinzu. Er habe den Japanern nur erzählt, daß Wissenschaftler ihm am Vortage eine schreckliche Waffe vorgeführt hätten, die zeige, was die Menschheit alles tun könne. Seine Bemerkungen seien vom Russischen ins Japanische und dann ins Englische übersetzt worden, und dabei seien sie „nicht genauso wieder herausgekommen“. Gleichzeitig bestritt Chruschtschow, daß es sich um einen neuen Typ einer Atombombe handele. „Es kann keine Atombombe sein, weil ich sie in der Nähe von Moskau gesehen habe. Eine Atombombe braucht dauernde Tests, und im Augenblick testen wir nicht“, sagte er.



Präsident Johnson während seiner Rede in Sacramento (Kalifornien).

den Horizont hinaus zu „sehen“, so daß Warnungen vor feindlichen Raketen Sekunden nach deren Abschluß möglich seien. Johnson warnte andere Nationen der Erde davor, die amerikanische Stärke angesichts politischer Differenzen, die im inneramerikanischen Wahlkampf sichtbar würden, falsch einzuschätzen.

Johnson betonte, daß die USA nicht beabsichtigen, Kernwaffen im Weltraum zu placieren, und auch „keinen Grund zu der Annahme haben, daß irgendeine andere Nation dies jetzt zu tun beabsichtigt“. Wohl aber seien sich die USA der Gefahr bewußt, daß ein

Die USA hätten gehandelt, um dieser Bedrohung zu begegnen.

Chruschtschow schränkt seine Äußerungen ein

Ministerpräsident Chruschtschow hat bekräftigt, daß die Sowjetunion eine „furcht-

Erhard:

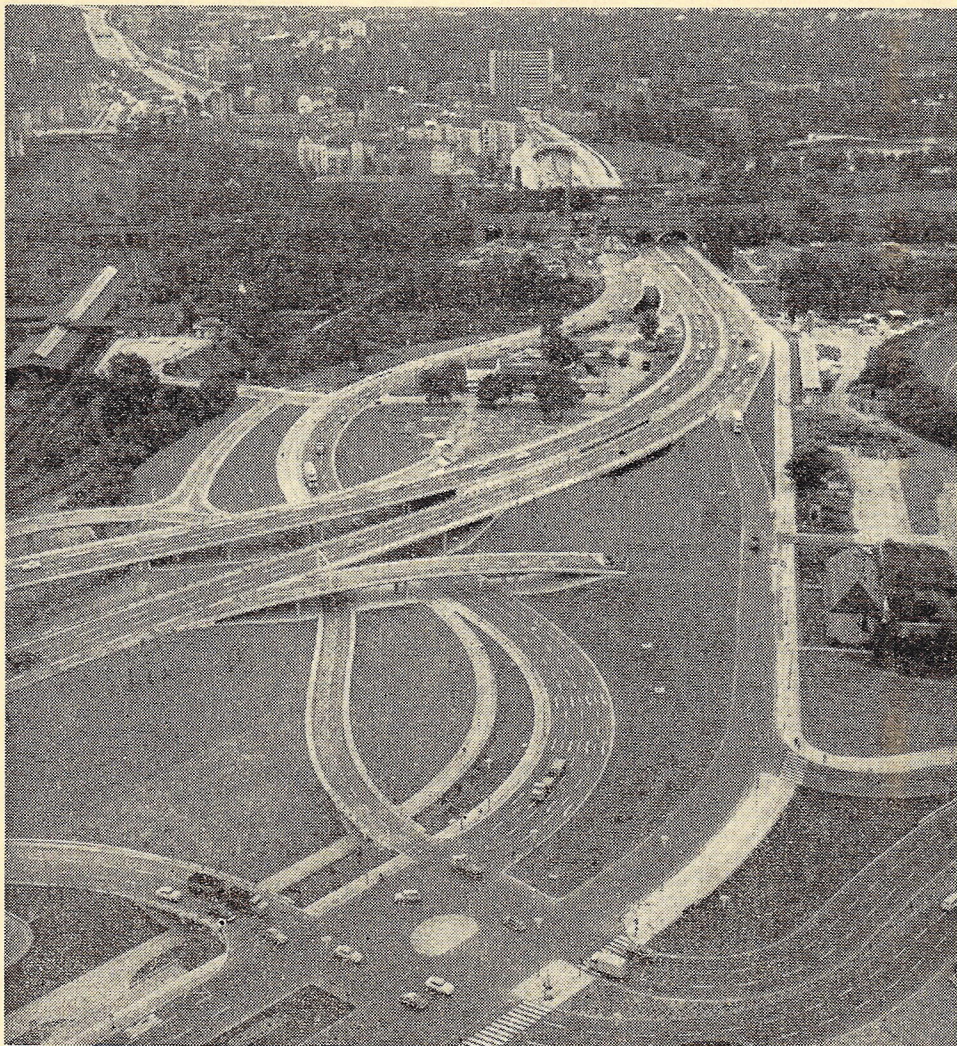
Freiheitswille in der Zone ungebrochen

Die unlösbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes unterstrich Bundeskanzler Erhard in einem Grußwort zum Bundestreffen der Landsmannschaften der Provinz Sachsen-Anhalt.

Die gewaltsame Abschnürung

Mitteldeutschlands führe „der Welt immer wieder mahnend vor Augen, daß das deutsche Volk eine Einheit ist und bleiben will“, schreibt der Kanzler. Niemand möge daran zweifeln, daß der Freiheitswille in der Zone ungebrochen sei.

Jetzt wieder Blick auf Berlin und den Avusverteiler



Nach elfmonatiger Renovierung und Bauarbeiten wurde der Berliner Funkturm für die Besucher wieder freigegeben. Von der 126 Meter hohen Aussichtsplattform haben die Besucher jetzt wieder einen Blick über Berlin. Der fertiggestellte Avusverteiler am Ende der Avus als Knotenpunkt der Stadtautobahn wird die Besucher des Funkturms ganz besonders interessieren. Mit einem Kostenaufwand von 24 Millionen Mark ist hier zwischen Avusausfahrt (rechts unten), dem S-Bahnhof Westkreuz (links oben), der Halenseestraße (oben Mitte), dem Messedamm (links unten) und dem Berliner Ausstellungsgelände (rechts unten) das wohl komplizierteste Straßensystem Berlins entstanden. Dieser Avusverteiler bildet den Übergang von der Avus zur Stadtautobahn in Richtung Schmargendorf und zur Stadtautobahn in Richtung Siemensstadt-Reinickendorf.

Zehn Jahre Berlin, Amerika, Bibliothek

In längeren Ausführungen gab Bibliotheksdirektor Dr. Moser einen Rechenschaftsbericht über das bisher Geleistete. Er zitierte einen Satz des früheren amerikanischen Außenministers Acheson, der 1952 den Grundstein legte: „Das Haus wird zeigen, wie sehr die Freiheit, die wir

erstreben, eine recht einfache, anspruchslöse und persönliche Angelegenheit ist. Es ist die Freiheit zu lernen, zu studieren, die Wahrheit zu suchen. Sie ist das wesentliche Merkmal unserer Gesellschaftsordnung und der Ursprung unserer größten Kraft.“

Über 265 000 Studenten waren im Wintersemester 1963/64 an den 48 wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik (einschließlich der 17 philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen) voll immatrikuliert. Darunter befanden sich nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden 24 539 Studienanfänger, 13 482 Studierende an den ein- oder angegliederten pädagogischen Hochschulen und entsprechenden Einrichtungen, 2617 Studierende an philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen sowie 23 285 Ausländer. Die Gesamtzahl der vollimmatrikulierten Studierenden hat sich gegenüber dem Wintersemester 1962/63 um 4,8 Prozent erhöht. Die deutschen Studienanfänger nahmen im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent zu. Ihr Anteil an den deutschen Studierenden macht 8,0 Prozent aus und hat sich damit gegenüber dem Wintersemester 1962/63 um 9,8 Prozent verringert. Die

deutschen Studentinnen (57 638) waren mit einem Anteil von 23,8 Prozent im Wintersemester 1962/63 vertreten. Die Ausländer machten 9,1 (9,8) Prozent aller Studierenden aus. Die von den deutschen Studierenden (ohne Beurlaubte und Gasthörer) am häufigsten gewählten Studiengebiete waren: Kulturwissenschaften 20,7 Prozent, technische Fächer 15,4 Prozent, Wirtschaftswissenschaften 15 Prozent, Naturwissenschaften 14,8 Prozent, allgemeine Medizin 11,8 Prozent, Rechtswissenschaft 8,2 Prozent und Lehrämter für Volks-, Mittel- und Berufsschulen 5,8 Prozent.

Die Zahl der Ingenieurschulen in der Bundesrepublik soll bis 1970 von 97 auf 114 erhöht werden. Gleichzeitig rechnet man mit einem Anwachsen der Studentenzahlen von rund 52 000 auf rund 82 000. Die Dokumentation der Kultusministerkonferenz über Neuordnung und Ausbau der Ingenieurschulen, die

jetzt in Bonn veröffentlicht wurde, gibt an, daß die Zahl der Lehrkräfte an diesen Schulen von rund 3000 auf fast 4800 steigen wird. Von den neu zu errichtenden Ingenieurschulen sollen drei in Baden-Württemberg (Biberach/Riß, Offenburg und Ravensburg), eine in Hamburg, zwei in Hessen (Rüsselsheim und Darmstadt), eine in Niedersachsen (Wilhelmshaven) und zehn in Nordrhein-Westfalen (Bochum, Burgsteinfurt, Detmold, Gummersbach, Jülich, Minden, Paderborn, Recklinghausen, Remscheid und Soest) eingerichtet werden. Außerdem sollen 92 der vorhandenen Ingenieurschulen ausgebaut und erweitert werden. Die Kosten für den Ausbau der 17 Ingenieurschulen werden auf rund 447 Millionen DM beziffert.

Die amerikanischen Universitäten hatten im Studienjahr 1963/64 mit 70 000 ausländischen Studenten so viele Hörer aus dem Ausland wie niemals zuvor. Die Zahl der ausländischen Forscher, Dozenten und Gastprofessoren stieg im gleichen Jahr um 44 Prozent auf rund 8000. Aus Europa kamen 9800 Studenten und 3400 Wissenschaftler in die USA. Unter anderem waren es 1700 Studierende aus Großbritannien und 572 aus der Bundesrepublik. In der gleichen Zeit studierten 1460 Amerikaner an den westdeutschen Universitäten.

In der volkseigenen Fabrik sollte der BGL-Vorsitzende Schimmelpfennig wieder in seinem Amt bestätigt werden. Die Arbeiter murrt. Da legte sich Paul Brinkmann, ein parteiloser Schlosser und wahrhaftig kein staatsbewußter Mensch, für den Genossen Schimmelpfennig ins Zeug: „Menschenskind“, erklärte er seinen mißtrauischen Kollegen, „der Schimmelpfennig ist ein toller Bursche. Das ist noch ein Gewerkschaftsfunktionär und Arbeitervertreter, wie wir ihn brauchen.“ — „Was, dieser Bonze!“ zischelte ein Kollege.

„Sei man ruhig, Emil“, meinte Brinkmann, „du kennst den Fritz Schimmel-

Die Wahrheit im Witz

pfennig bloß nicht richtig. Ich habe neulich gehört, wie er schonungslos für die Rechte der Arbeiter eingetreten ist, für den freien Sonabend, für die 40-Stunden-Woche, für höhere Löhne, für Streiks...“ „Wann ist denn das gewesen?“ unterbrach Emil.

„Vor vierzehn Tagen erst“, sagte Brinkmann. „Vor vierzehn Tagen?“ grinste Emil. „Da kannst du uns viel erzählen. Da warst du doch in Gelsenkirchen drüben zur Beerdigung deiner Mutter!“

„Na, eben“, sagte Brinkmann unbekümmert, „deshalb wilst ihr ja auch nichts davon. Aber ich war dabei,

wie der Schimmelpfennig zu den westdeutschen Arbeitern dort gesprochen hat!“

★

Zum Schrecken aller linientreuen Genossen waren die Mauern eines großen Werkes eines Morgens mit antikommunistischen Inschriften verziert. Schleunigst machte man sich daran, die Mauern wieder zu reinigen. Am Schluß schrieben die Genossen auf die Mauer:

„Feiglinge! Warum bemalt ihr nachts die Wände mit euren Hetzparolen? Wagt's doch mal am Tage!“ Am anderen Morgen stand unter dieser Aufforderung: „Geht nicht, sind tagsüber im Parteibüro beschäftigt!“